

Bezugspreise für Halle monatlich drei Mark, vierteljährlich 1.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienstleistungen unter Beilage-Zustellung. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion. Halle, den 27. März 1910. Der Verleger: Dr. G. H. Schmidt, Halle, Postfach 11133. Druck: G. H. Schmidt, Halle, Postfach 11133.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Dreißigjähriger Jahrgang.

Nr. 145.

Halle, Donnerstag, den 27. März.

1910.

Scheidemann gegen die Quertreibereien.

Der deutsche Ministerpräsident Scheidemann kündigt die schnellste Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes für ein Verfahren gegen General Ludendorff an.

Eine sensationelle Sitzung in Weimar.

Ministerpräsident Scheidemann gegen alle Erschwerungen der Friedensbedingungen — Die Berliner Vorkommnisse vom letzten Sonntag — Die Anwesenheit Ludendorffs in Berlin.

Weimar, 26. März. Das Haus ist fast besetzt. Die Ränge sind überfüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Täglich mehren sich die Meinungen aus dem Auslande, in denen uns die neuen

Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen

angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die einschüchternden Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei, nicht ohne politische Wirkung, sondern

ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung.

Ein Ansehn an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern. Sie wollen bei Deutschland bleiben. Das ganze Volk, aus einem tiefsten Instinkt, nur weil sie sich nicht anders fühlen und denken können, kann als Deutsche. (Stürmischer Beifall.)

Die Reichsregierung weiß, daß

diese Leute das wertvollste Gut

sind, das ihr zur Verwirklichung anvertraut wurde. Die deutsche Republik, die nicht Gegenwart, die nur Zukunft zu haben hat, erweitert es, daß das Volkensinn zur Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Stämme lauter und inniger wird. Selbst wenn Deutschland alles verloren hätte, dessen was es begehrt, daß es darum das letzte Recht verloren, gegen Verwaltungen und Gesellen zu protestieren, die

ihm die Gurgel zuzuhören

würden? Was von uns jemals nach Tübingen (zu dem H. Ges.) Meinung an Verwaltungen beabsichtigt wurde, reicht auch nicht an näher an die heran, was unsere Gesetze uns gegenüber schon ausgesprochen haben und noch aussprechen wollen.

Aber nicht nur die äußerste Linken schwächt unsere Stellung vor dem letzten Ende. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westpreußens, Danons und des Sarcinies statt. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen bezeichnend, daß es die Ausführungen Erbeners und Bernsteins mit lärmenden Kundgebungen unterbrach. Welche Kräfte hier

am Werke politischer Sabotage

waren, sei es recht der sogenannte Nationalklub deutscher Offiziere. Diese Herren brauchen es fertig, „Heil Dir im Siegertrium“ zu rufen und durch Ausreden des Kaiser, hoch eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Wie lassen uns das Recht, schließlich Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebenjenseits unieren Protest gegen die Verwaltungen in gewöhnlichen Treiben und Umläufen. Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewalttätig, aber

in seinen Wirkungen ist es Sabotage.

Wie protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse vom Sonntag. Wir werden uns das Herabbescheiden neuer außerpolitischer Gesetze durch ein Handvoll Rechtswörter nicht weilen lassen. Wir dulden das nicht. Stillschweigen wäre hier Mitleid. Die

Anwesenheit des Generals Ludendorff

bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Rede.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur

Errichtung eines Staatsgerichtshofes

im Laufe einbringen werden.

Vortagung der Besprechung der Interaktion über

Mittelstand und Kleinrentner.

Hr. Hermann Reußing (Dem.): Der Mittelstand wird auch im neuen Deutschland als zukünftiger Träger und als Faktor des sozialen Ausgleichs eines der festesten Fundamente des Staates bleiben. Bei der Arbeitsverteilung muß das Handwerk als eine besondere Gruppe berücksichtigt werden.

Hr. Dr. Busch (D. Tr.): Wir können es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den Kleinrentnerbetreibenden etwas durch Kommunalisierung der Kleinrentner, der Kleinrentner, des Bauernbesitzes usw. Konturen machen. Die Sozialisierung beruht die Entzerrung der deutschen Wirtschaft.

Hr. Busch (D. Tr.): Der Untergrund des Mittelstandes ist eine nicht aufzuhaltende Tatsache. Sollen kann dem Mittelstand die Sozialisierung und Kommunalisierung.

Hr. Eisenberger (S. Tr.): Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann.

Hr. Winer (D. Tr.): Wir wünschen die Einrichtung eines Sondergerichts für Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamt.

Damit schließt die Vortagung.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Notizen.

Schluß nach 3 Uhr.

Die Wirkung der Rede Scheidemanns.

Eine sehr erregte Sitzung zu erwarten.

Weimar, 26. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann hat in den Kreisen der Reichstagsmitglieder außerordentlich hervorgehoben. Wahrscheinlich wird sich daran morgen ein Zwischenfall schließen. Die Rechte schied den Grafen Palasowsky mit einer sehr scharfen Erklärung vor.

Die sozialdemokratische Fraktion hat heute darüber beraten, ob auch sie einen Redner zur Stellungnahme zu den von Scheidemann berührten Demonstrationen der royalistischen Offiziere entsenden sollen. Es wird davon Abstand genommen werden, da man annimmt, daß der Ministerpräsident sowieso auf die Angriffe der Rechten eine eingehende Widerlegung geben wird. Es ist für morgen noch eine sehr erregte Sitzung zu erwarten.

Weimarer Stimmungsbild.

WTB. Weimar, 26. März. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung der Ministerpräsident Scheidemann das Wort, um unter Zustimmung des ganzen Hauses Protest zu erheben gegen die in der feindlichen Presse angeführten unerhörten Friedensbedingungen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging er dann auf die Berliner Demonstrationen am letzten Sonntag ein, die der Nationalklub deutscher Offiziere zu einer

monarchistischen Kundgebung

und zu einer Ovation für den General Ludendorff mißbraucht hätte. Ungeheurer Lärm auf der rechten Seite des Hauses erhob sich, als

er davon sprach, daß das Vorgehen dieser Herren in seinen Absichten

bedeutete. Unter großer Begeisterung des Hauses erklärte er mit erhobener Stimme, daß die Reichsregierung dem Verlangen des General Ludendorff nach einem Urteile eines Staatsgerichtshofes nachkommen werde. Unter der Wirkung dieser von der Mehrheit des Hauses mit höchstem Beifall aufgenommenen Rede wurde die nachfolgende Aussprache über Mittelstandsfragen.

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofes.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.) Wie an ausländischer Stelle verläutelt, ist beabsichtigt, bei der Nationalversammlung in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes einzubringen. Vor diesen Staatsgerichtshof sollen solche Persönlichkeiten kommen, die das Verlangen danach ausgesprochen haben, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, z. B. Hoffmann-Ballhausen und Ludendorff, oder solche, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg nur vor einem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann.

Kabinettsitzung in Weimar.

Weimar, 26. März. (Eigene Drahtnachricht.) In der heutigen Kabinettsitzung wurde dem Reichsdrucksachenminister Braun Vorschlag erteilt, die zweite Rate der Lebensmittel zu begeben. Ferner wurden die Friedensfrage, sowie die Vorlage, welche in Gehalt eines Antrages an die Verfassungskommission gehen soll und die Bekantmachung des Reichstages in der Berechtigung enthält, besprochen. Es liegen hierzu sechs

würde vor. Das Kabinett wird sich mit den Fragen noch morgen beschäftigen müssen, da der Antrag noch vor dem 8. April, dem Zusammentritt des Reichstages in Berlin, an den Verfassungsausschuß gelangt sein soll.

Das Reichswehrgesetz.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.) Die Vorbereitungen für die Durchführung des Reichswehrgesetzes sind soweit gediehen, daß eine Anzahl von Verbänden, die die Bedingungen erfüllen, in aller nächster Zeit in die Reichswehr überführt werden können. Sie unterliegen dann dem Reichswehrminister. Es wird das sogenannte wilde Werben fortfallen, obwohl nicht wird verhindert werden können, daß durch Reinnungen und Placate Freiwillige aufgerufen werden. Doch wird diese Art des Erwerbens eine allgemeine öffentliche Regelung erfahren und nicht der beliebigen Reinnung der einzelnen Führer überlassen bleiben. Die von der Reichsregierung angekündigte Reform des Militärstrafrechts ist fertiggestellt und wird bei den Ministern der Gliedstaaten und dem Reichsmilitärgericht geprüft und dem Reichsminister beraten werden.

Bayerische Trennungsabsichten.

München, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) In Franken wachen die Trennungsabsichten von Bayern. Genährt wird die Vorstellung durch die stiellose Politik der Münchener Regierung, mit der die finanzielle Benützung nicht einverstanden ist. Die Stimmung der Wähler gegen den bayerischen Landtag ist äußerst erregt, da der Landtag die ihm vom Volk übertragnene Befugnisse mißbraucht und widersprüchlos an ein einzelnes Ministerium abgibt. Die bayerische Volkspartei leidet unter der Aufgabe des Parteiprogramms in sozialistischem Fahrwasser. Der Regierung fehlen aber alle notwendigen Mittel. Es ist mit Überlegungen zu rechnen, da eine feste Mindesthöhe der Unkosten den Kommernis verwehrt und eine Räterepublik nach russischem Muster antritt. Die Unabhängigen machen sich die oberste bedeutende Stimmung zu Nutzen und wollen unter der energielosen Leitung der bayerischen Räterepublik weitestens in Bayern die russischen Ideale verwirklichen, da sie sich kein Hehl darüber machen, daß im Erigen Reich die beabsichtigte Durchführung des russischen Rätereprogramms nicht auf viel Gegenstände läßt.

Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Beziehungen am 1. Juni.

Basel, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet aus New York: Im Senatensitzung wird die Rückkehr Wilsons nach der Union in der zweiten Woche angekündigt. Die „New Yorker Times“ berichtet: Wilton wird am 1. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen, um den Abbruch des deutsch-amerikanischen und die Allierten zu gleichem Vorgehen zu ermöglichen.

Gute Qualität der Entente-Waren?

Köln, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Fortdauer Verhandlungen zwischen Deutschland und den Allierten über das Lebensmittelabkommen werden fortgesetzt. Von deutscher Seite wird die Qualität der von der Entente zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf Grund vorangegangener Untersuchungen als gut bezeichnet. Es handelt sich durchweg um amerikanische Waren.

Die Großberliner Räte an die ungarische Räterepublik.

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Vollversammlung der Großberliner Räte und S. Räte, die heute unter dem Vorsitz des Reichssozialisten Wibel in den Gemerzialen stattfand, behandelte folgendes Telegramm an die Räterepublik Ungarn abzuenden:

Die Vollversammlung der Großberliner Räte und S. Räte begrüßt den Sieg der ungarischen Proletariats und die Gründung der Räterepublik Ungarns. Sie erklärt in dem heutigen Kampf des ungarischen Proletariats einen Teil des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den Kapitalismus und die Weltreaktion. Die Vollversammlung verpflichtet, das ungarische Parlament nach Kräften in seinem Kampf zu unterstützen und nicht eher zu ruhen, bis der endgültige Sieg des Sozialismus in allen Ländern gesichert ist.

Eine militärische Aktion gegen Ungarn.

Genf, 26. März. (Privattelegramm.) Das Bureau Europa Preß meldet aus Paris, daß sich die hohen militärischen Stellen der Entente ernstlich mit dem Bewusstsein

Abschlüssen dieses Briefes an den Minister des Königlich Preussischen Reichsausschusses, den Herrn Reichsminister des Reichsausschusses, den Herrn Reichsausschusses, den Chef des Militärkabinetts und einige mir nahebelegende militärische Führer gegangen sind.

Ein Brief des ehemaligen Kaisers an den Kronprinzen lautet: „Großes Hauptquartier, 9. November 1918, abends. Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er seine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr überbürgeln könne, habe ich mich nach schwerem innerem Kampfe entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen.

Dein treuer liebestauer Vater
Wilhelm.

Der Kronprinz ließ bei der Renonziationsregierung anfragen: „Seine Königliche Hoheit der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um, wie jeder andere Soldat, seine Pflicht zu tun.

Wie es zum Waffenstillstand kam.

WTB. Berlin, 26. März. Verschiedene Presseübertragungen der letzten Tage, die sich mit der Entstehung des deutschen Waffenstillstandes beschäftigten, nötigen noch einmal zu folgender Schilderung. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot des Prinzings Oktober wurde, wie die längst veröffentlichten drei Telegramme Ludendorffs vom 1. Oktober bezeugen, durch die Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler, Prinz Max von Baden überbracht.

Berlin, 3. Oktober 1918. In den Reichskanzler. Die Oberste Heeresleitung stellt bei ihrem am 21. September 1918 erfolgten Ersuchen um die sofortige Einsetzung eines Friedenskomitees an die Reichsregierung, dass sie sich durch den Abschluss eines Waffenstillstandes abzusichern wünscht.

Die Schuld am Kriege.

WTB. Berlin, 26. März. Amtlich. Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittelung der schweizerischen Regierung der Regierung der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzulernen.

Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung seiner Majestät die Königin II. in diesem Hinblick, auf den Antrag der Entente, im Hinblick auf die Verantwortung der verschiedenen Regierungen die Verantwortung für den Krieg in die Verantwortung der Kaiserlichen Regierung gestellt ist.

Vermählung steht, und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Deffenheit zu erheben.

Vormarsch rumänischer Streitkräfte.

Kraşov, 26. März. (Cluj. Drahtnachricht.) Aus Stanoşou wird gemeldet: Umfangreiche rumänische Streitkräfte in Stärke von zwei Armeekorps haben die östgallische Grenze überschritten und Marschieren vor.

Grodno und Pinsk in polnischer Hand.

Grodno, 26. März. (Privatelegramm.) Wie die „Agence France“ aus Warschau meldet, haben die Polen Grodno und Pinsk besetzt. In Grodno wurde große Beute an Material gemacht und eine gemischte Miliz organisiert.

Deutsches Reich.

Die Behandlung der Wertpapiere.

WTB. Berlin, 26. März. Am die Bevölkerung vor dem Verhängnis zu schützen, ist es notwendig, die Einbuße von Lebensmitteln aus dem Auslande dringend einzudämmen. Die Regelung muß teilweise durch den Verkauf ausländischer Wertpapiere an den Auswand erfolgen.

Halle und Umgegend.

Haar- und Grundbesitzerverein.

Kücktritt des gesamten Vorstandes. - Entlassungnahme auf die Aufstellung neuer Stadtratsorbnen im Kleinen.

In der Generalversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Halle, die gestern Abend in Mars-la-Tour stattfand, wurde im Nebenbesitz auch das Schloßbesitz, den der Verein 1. St. durch die Unterzeichnung seines Bureauvorsitzers Schloß erlitten hat.

Sichtlich die Stadterneuerungswahl wurde es sehr beherrschend, daß der Verein als solcher nicht förmlich beantragt worden ist, sondern nur durch die Teilnahme der verschiedenen Parteien, ist es durch Verhandlungen mit den verschiedenen politischen Parteien, ist es durch Aufhebung einer eigenen partiellen Liste.

Ein Stadtkrankenhaus.

Das städtische Kriegskrankenhaus, vorgezogen für In- und Auswärts, ist in der Lage, sich mit zahlreichen Zivil-Abteilungen versehen, wird bis auf weiteres als Stadtkrankenhaus weitergeführt. Die städtische Leitung ist dem

Stadtkrankenhaus Dr. K. e. h. Hofrat für innere und Kinderkrankheiten, übertragen worden. Der tägliche Krankenumsatz beträgt bis auf weiteres 4 M. Anmeldeformen sind zu richten an das Stadtkrankenhaus, Besenbrunnstraße 14 (neben Alters- und Pflegeheim). Fernruf 5617.

Der Fernsprechkammern.

Radgedruckt werden die Maßnahme im hiesigen Fernsprekbetrieb zu einer Kammer, an der die Öffentlichkeit nicht mehr teilzunehmen verdrängen kann.

Zu der bevorstehenden Verhandlung mit dem Ortsamt soll in demselben Augenblick, wo man die Nummer genannt hatte, namentlich nach Einschaltung des Automatenstroms wurden die Teilnehmer sehr prompt bedient.

Provinzial-Nachrichten.

** Freiberg, 25. März. (Ausführung des

Reiner Wohnung). Der Lehrer unserer Drehs, Bugmann, besch, als er in den Krieg ziehen mußte, eine schöne Witze, die in seiner Wohnung bei Schulgebäude verblieb.

Leipzig, 26. März. (Der Allgemeine Studenten

ausschuß) hatte eine allgemeine Studentenversammlung anberaumt, auf deren Tagesordnung die Studienordnung zur Entscheidung der Universität und dem Eintritt in die freiwillige Informationsangelegenheit.

Vermischtes.

Schweres Unglück.

Dresden, 26. März. In der Heiðze-Bigarettenfabrik führte heute vormittag infolge Ueberladung ein Funkenstrahl aus dem fünften Stockwerk in den Keller hinab, wo er zersplitterte liegen blieb.

Dresden, 26. März. Zu dem Fahrradunfall im der Orientallischen Fabrik- und Gigarettenfabrik führte meldet die Presseabteilung der Kriminalpolizei noch folgendes: Beim Transport von Personen auf dem Fahrrad stießen, vermutlich durch Ueberfahren der letzten Radstange im fünften Stockwerk, die Funken und Gegenstände. Dadurch führte der Fahrradsturz mit seiner ganzen Last in die Tiefe.

Reichliche Arbeitsbeschäftigung auf dem Danne ist im hiesigen Lande vorhanden. Schon seit längerer Zeit werden von Berlin aus Arbeitskräfte in beträchtlicher Anzahl nach hier geschickt, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken.

Ein neues Wandbild. Mit Hausgarten und Rosen- und Palmen ist ein herrliches Wandbild, das am Kaiserlichen Hof in Berlin aufgetragen ist. Es haben 1500 Soldaten mit ihren Familien ein Wandbild im Hausgarten tragen, indem die Wohnung eines Kontrolls am Rotenburger Dam 26 kein und lobenden vor den allen anmelnden Berlin Einlaß.

